

„Transparenz steht an erster Stelle“

BERLIN. Die Opposition im Bundestag hat sich am Mittwoch auf die Einsetzung eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses zur Aufklärung der Berateraffäre im Verteidigungsministerium verständigt. „Dieses parlamentarische Recht ist zu respektieren“, erklärte der CDU-Abgeordnete Henning Otte aus Eversen. Es sei wichtig, Transparenz in die Diskussion über Beratungsleistungen des Verteidigungsministeriums zu bringen.

„Gemeinsam mit unserem Koalitionspartner, der SPD, prüfen wir nun Schritte zur konstruktiven Begleitung dieses Prozesses“, teilte der verteidigungspolitische Sprecher der Unions-Fraktion im Bundestag mit. Dass es bei der Vergabe von Beratungsleistungen offensichtlich zu Rechtsverstößen gekommen sei, sei nicht hinnehmbar. (og)



Henning Otte